

Schwerpunkt faire Forschung : wer bestimmt?

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Horizonte : Schweizer Forschungsmagazin**

Band (Jahr): **28 (2016)**

Heft 111

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Wer bestimmt?

Von Westen nach Süden fliessen grosse Summen in die Entwicklungszusammenarbeit. In welche Projekte das Geld investiert werden soll, wie wirksam das ist und wem die Resultate von Forschungsprojekten gehören, ist umstritten.

Wenn funktionierende Brutkästen fehlen, werden selber welche gebastelt – die kaum effektiv sind und manchmal sogar tödlich für die Frühlings. Bilder 2019 Syman (Globe 1001) CODEV/EsentialFed.

Der steinige Weg zu mehr Erkenntnis

Jedes Jahr fliessen weltweit dreistellige Milliardenbeträge in die Entwicklungszusammenarbeit. Doch welche Wirkung erzielt diese effektiv? Kritiker plädieren für mehr experimentelle Feldforschung. Experten sehen den Königsweg in einem intelligenten Methodenmix.

Von Theodora Peter

Kein verantwortungsvoller Arzt würde Medikamente verschreiben, deren Wirkungen und Nebenwirkungen nicht fachgerecht überprüft wurden. Doch bei sozialen Entwicklungsprogrammen, in die enorme Summen fliessen, fehlt es an solchen Standards. Diese ernüchternde Feststellung machte 2006 eine Arbeitsgruppe des Washingtoner Center for Global Development in einem Report mit dem provokativen Titel «When Will We Ever Learn? Improving Lives Through Impact Evaluation». Die Experten bemängelten darin Lücken bei der Evaluation von Wirkungen der Entwicklungszusammenarbeit und riefen zu einem systematischen Aufbau evidenzbasierter Entscheidgrundlagen auf.

Am kritischen Washingtoner Report mitgearbeitet hatte auch die Ökonomin und Armutsforscherin Esther Duflo, die bereits 2003 das Poverty Action Lab J-PAL mitbegründet hatte. Das am Massachusetts Institute of Technology beheimatete Forschungsinstitut setzt konsequent auf randomisierte Feldexperimente, um die Wirkung von entwicklungspolitischen Massnahmen wissenschaftlich sauber zu messen. So belegte Duflo in einer aufsehenerregenden Studie etwa, dass die vielgelobten Mikrokredite in Indien zwar die Armut minderten, das Leben der betroffenen Bevölkerung aber nicht im erhofften Mass verbesserten.

OECD-Kriterien sind die Richtschnur

Die Kritik an mangelnden Standards und der Appell für mehr Evidenzbasierung sind in der Fachwelt nicht ungehört verhallt. Als eine Antwort entstand 2008 die unabhängige International Initiative for Impact Eva-

luation (3ie). Sie vernetzt Wissenschaftler mit Politik und Praxis, organisiert Konferenzen zum Thema «Was funktioniert» und fördert evidenzbasierte Evaluierungen. Die NGO unterstützte seit ihrer Gründung über 200 Wirkungsstudien in 50 Ländern im Umfang von total rund 85 Millionen Dollar.

Parallel zur Wissenschaft haben auch die Geber- und Partnerländer im letzten Jahrzehnt ihre Evaluierungsinstrumente geschärft und professionalisiert. So wurde 2005 mit der Deklaration von Paris über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit die Basis für gemeinsame Qualitätsstandards gelegt. Der Entwicklungsausschuss der OECD definierte fünf Evaluierungskriterien: Relevanz, Effektivität, Effizienz, entwicklungspolitische Wirkungen und Nachhaltigkeit. Diese sind zwar nicht bindend, sind aber international als Leitlinien anerkannt.

«Bei der Evaluierung geht es auch darum herauszufinden, warum es zu einer Wirkung kommt.»

Jörg Faust

Die Kriterien werden nicht zuletzt von der OECD selbst in Länderberichten überprüft. Bemängelt wird dabei immer wieder die fehlende Politikkohärenz der Geberländer, etwa wenn die Aussenhandelspolitik den Zielen der Armutsbekämpfung zuwiderläuft. Auch die Geberländer selber evaluieren die Wirksamkeit ihrer entwicklungspolitischen Massnahmen. Skeptiker

bezweifeln jedoch die Unabhängigkeit der Evaluationsabteilungen, die in den meisten Ländern innerhalb der jeweiligen Organisation angesiedelt sind.

Mit der Mandatierung eines autonomen Instituts hat Deutschland einen neuen Weg beschritten. 2012 wurde das Deutsche Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit (Deval) ins Leben gerufen. «Wir stellen einen hohen Anspruch an Wissenschaftlichkeit und Unabhängigkeit», betont Deval-Direktor und Politikwissenschaftler Jörg Faust. «Auch sind wir stark auf Praxisorientierung ausgerichtet und wollen Lernprozesse initiieren.» Die zu evaluierenden Themen seien meist vielschichtig und komplex und stellten insofern einen hohen Anspruch an inhaltliche wie methodische Expertise.

Auch qualitative Methoden gefragt

Die methodische Herausforderung besteht laut Faust in der Grundfrage, «wie sich eine Situation entwickelt hätte, wenn es die entwicklungspolitische Intervention nicht gegeben hätte». Um dies zu untersuchen, kombiniert das Institut quantitative mit qualitativen Methoden. «Es geht bei der Evaluierung nicht nur um Identifizierung von Wirkung, sondern auch darum herauszufinden, warum es zu einer Wirkung kommt.» Dafür brauche es nebst rigoroser Wirkungsforschung auch elaborierte qualitative Methoden. «Eine aufgeklärte Debatte spielt nicht beides gegeneinander aus», betont der Deval-Direktor.

Kam es vor Jahren noch zu Grabenkämpfen zwischen den «Randomistas» – den Verfechtern des randomisierten Feldexperiments als wissenschaftlichen Goldstandard – und ihren Kritikern, werde die

Methodendebatte heute moderater geführt, erklärt Faust: «Mittlerweile gibt es mehr Akzeptanz für eine Position, die sich offener der Frage stellt, wie quantitative und qualitative Elemente zu einem Methodenmix zu kombinieren seien, der ein Maximum an Erkenntnisgewinn erreicht.»

Mehr in globales Wissen investieren

Auch für die Entwicklungsökonomin Isabel Günther, Leiterin Center for Development and Cooperation an der ETH Zürich, geht es bei der Frage, was Entwicklungszusammenarbeit wirksam macht, nicht nur um die Anwendung von randomisierten Feldexperimenten. Experimentelle Methoden eigneten sich vor allem für die Mikro-Ebene. Um Faktoren auf der Makro-Ebene zu analysieren – etwa wie sich Steuerpolitiken auswirken –, brauche es oft andere quantitative Verfahren. Zentral sei immer zu identifizieren, «welche Form der Entwicklungszusammenarbeit in welchem Kontext wirkt und welche nicht».

Diese faktenbasierte Identifizierung von wirksamen Interventionen mithilfe von wissenschaftlich anerkannten Methoden sei im Interesse aller. Das heisse aber nicht, dass «jedes einzelne Projekt oder

Programm evaluiert werden muss». Studien zur Wirksamkeit der Entwicklungshilfe sollten nicht nur der Rechenschaftspflicht einer Organisation dienen, sondern vor allem zu einer kontinuierlichen Verbesserung der Programme führen, betont Günther. Das Lernen müsse über Institutionen hinweg stattfinden: «Die Zukunft liegt auch darin, mehr in globales Wissen zur Armutsreduktion zu investieren und dieses zu nutzen.»

«Eine aufgeklärte Debatte spielt quantitative nicht gegen qualitative Methoden aus.»

Jörg Faust

Wie viel weltweit für die Evaluierung der Entwicklungszusammenarbeit ausgegeben wird, dazu liegen keine Vergleichszahlen vor. Laut Deval-Direktor Jörg Faust werden nicht mehr als ein bis zwei Prozent der Entwicklungshilfegelder der OECD für die Evaluierung eingesetzt. Dies sei «an-

gesichts des Erkenntnis- und Lernbedarfs in Themenfeldern wie globaler Nachhaltigkeit oder dem Umgang mit fragilen Staaten sicherlich nicht zu viel».

Nachhaltigkeitsziele fordern heraus

Beide Forschenden weisen auf die neuen Uno-Ziele der Agenda 2030 hin, die die Millenniumsziele ablösen: 17 Ziele und 169 Unterziele für eine nachhaltige Entwicklung hat die Weltgemeinschaft 2015 verabschiedet. In Zukunft soll die Entwicklungszusammenarbeit nicht mehr nur zur Armutsreduktion beitragen, sondern auch die Folgen des Klimawandels abfedern.

Das stellt nicht nur die Evaluierer vor neue Herausforderungen. Für die Entwicklungsökonomin Isabel Günther stellt sich grundsätzlich die Frage, ob es möglich ist, all diesen Herausforderungen mit den Instrumenten der Entwicklungszusammenarbeit, deren finanzielle Mittel reduziert werden, zu begegnen: «Entwicklungshilfe ist nicht die Lösung für alle globalen Probleme.»

Theodora Peter ist freie Journalistin mit Schwerpunkt Entwicklungszusammenarbeit.

«Entwicklungshilfe ist nicht die Lösung für alle globalen Probleme.»

Isabel Günther

Wie effizient sind Gesundheitsprogramme?

Die evidenzbasierte Forschung über die Wirksamkeit von Entwicklungshilfeprojekten und -programmen gewinnt auch in der Schweiz zunehmend an Stellenwert. Ein aktuelles Beispiel untersucht die Gesundheitsförderung. Ein grosser Teil der weltweiten Entwicklungshilfegelder fliesst in diesen Bereich. Allein zwischen 2000 und 2010 haben sich die dafür eingesetzten Mittel verdreifacht – auf mittlerweile rund 28 Milliarden Dollar pro Jahr. Es gibt aber bislang nur wenige Studien über die Wirkung dieser Gesund-

heitsprogramme. Im vom Schweizerischen Nationalfonds unterstützten Forschungsprojekt «Health Aid: What does it do and how can countries make it more effective» untersuchen die Soziologen Manfred Max Bergman und Kristen Jafflin von der Universität Basel, wie die Gesundheitsförderung die Gesundheit in den Nehmerländern beeinflusst und welche Faktoren dazu führen, dass einige Länder die finanziellen Mittel effektiver einsetzen als andere.

Kontext entscheidet alles

In einer ersten Phase werden Länder für vertiefende Fallstudien identifiziert. Für die Studie kombi-

nieren die Forscher verschiedene Methoden mit quantitativen und qualitativen Komponenten.

Die beiden Soziologen unterstützen die Entwicklung hin zu mehr evidenzbasierten Entwicklungsprogrammen. Zu beachten seien dabei die Stärken und Schwächen der verschiedenen Methoden. «Wirkungsevaluationen und experimentelle Methoden sind nicht per se ein Wundermittel», geben Bergman und Jafflin zu bedenken.

Ein Problem sehen die beiden etwa darin, dass mit diesem Approach ein «Best Practice»-Denken gefördert werde, «das die Empfänger von Hilfsprogrammen als unbeschriebene Blätter defi-

niert, die alle gleich empfänglich sind für verschiedenste Interventionen.» Bei den Empfängern handle es sich jedoch «um komplexe soziale Gruppen mit ihren eigenen Kulturen, nationalen Kontexten und Lebensumständen.» Was an einem Ort funktionierte, müsse nicht überall funktionieren. «Wir können nicht für alles Experimente designen oder Wirkungsevaluationen durchführen.» Die entsprechenden Methoden seien nicht für alle Fragestellungen geeignet. Nicht erfasst werden könne damit etwa die Frage, wie Geber- und Nehmerländer zusammenarbeiteten.



Medizintechnik aus dem Westen hält tropischer Witterung nicht stand, auch fehlen Ersatzteile. Die Folge der unzuverlässigen Geräte ist fehlendes Vertrauen – unverkennbar im Blick des Patienten beim Röntgen. Die Bilder hat der Schweizer Fotograf Sylvain Liechti 2015 in den Spitälern Kameruns aufgenommen. Sie entstanden für eine Ausstellung an der EPFL über die Herausforderungen der Medizinaltechnik

in den Ländern des globalen Südens. Mehrere Projekte des EPFL-EssentialTech-Programms am Zentrum für Zusammenarbeit und Entwicklung, CODEV, sind an der Entwicklung medizinischer Geräte für Entwicklungsländer beteiligt. Im Projekt GlobalDiagnostics zum Beispiel wird an einem digitalen Röntgengerät geforscht, in GlobalNeoNat an einem geeigneten Brutkasten.

Auf der Suche nach fairer Forschung

Westliche Forschende sollten ihren Partnerteams im Süden mehr Verantwortung übertragen.

Von Ochieng' Ogodo

Forschung ist global. Und wer Lösungen für Probleme in Entwicklungsländern sucht, stösst zwangsläufig auf Themen wie Klimawandel und Migration, die den Westen ebenso betreffen. Der Erfolg dieser «Forschung für Entwicklung» wird wesentlich davon abhängen, ob Institutionen im Norden und Süden effizient zusammenarbeiten. «Die Forschungskapazitäten im Süden wurden in den letzten 15 Jahren gestärkt», erklärt Gilles Carbonnier vom Genfer Graduate Institute of International and Development Studies. Länder wie Ghana, Indonesien, Peru, Südafrika und viele weitere Länder des globalen Südens sind reicher geworden, die Grenzen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern, zwischen Reich und Arm sind fließender. Auch das internationale Forschungsumfeld wandelt sich.

Ungleichheiten bleiben jedoch auf vielen Ebenen bestehen: «In Forschungspartnerschaften spüren wir ähnliche Spannungen wie zwischen Gebern und Empfängern in der Entwicklungszusammenarbeit. Die Geber wollen oft ihre Ideen und Bedingungen durchsetzen», sagt Carbonnier.

Schlüsselfragen sind hier: Wer wählt die Forschungsprojekte aus, und wem kommen die Ergebnisse zugute? Wie wird der Nutzen verbreitet, und wie lässt sich Zusammenarbeit in einem gesellschaftlichen System fördern? Und: Wer entscheidet, wohin das Geld fliesst?

Wer zahlt, befiehlt

Tief verwurzelte Gewohnheiten und Machtverhältnisse prägen gemäss Carbonnier internationale Partnerschaften: «Faire Forschungspartnerschaften aufzubauen erfordert Zeit und Ressourcen. Es besteht der Druck, Ergebnisse rasch in - englischsprachigen - Fachzeitschriften mit Peer-Review-System zu publizieren, die im Norden erscheinen. Forschungsgelder sind zudem hart umkämpft.» Das Spannungsfeld zwischen dem Anspruch, sichtbare akademische Spitzenforschung zu betreiben oder aber langfristige Ziele wie den Kapazitätsaufbau zu priorisieren, steht im Zentrum der Debatte über Nord-

Süd-Forschungspartnerschaften. «Partner im Süden beharren zunehmend auf fairen Forschungspartnerschaften. Zentral ist, lokalem Wissen mehr Raum zu geben und vielfältigere «Wissensökologien» zu akzeptieren - und damit auch, dass ein anderer Kontext zu Ergebnissen führen kann, die nicht immer den Erwartungen im Norden entsprechen», erklärt Carbonnier.

«Die Geber wollen oft ihre Ideen und Bedingungen durchsetzen.»

Gilles Carbonnier

Laurent Goetschel von der Universität Basel, ehemaliges Mitglied des Direktatoriums des schweizerischen Nationalen Forschungsschwerpunkts «Nord-Süd» und Präsident der Kommission für Forschungspartnerschaften mit Entwicklungsländern (KFPE), meint dazu: «Die meisten Nord-Süd-Projekte beinhalten strategische Elemente. Dafür zu sorgen, dass Forschungspartnerschaften trotz unterschiedlicher gesellschaftlicher, politischer und wirtschaftlicher Kontexte funktionieren, ist eine Herausforderung.»

Eine erste Frage ist entscheidend: Wer bestimmt die Agenda mit den Forschungsprojekten? «Lange Jahre entschieden darüber vorwiegend die Geldgeber», erklärt Benjamin Apraku Gyampoh, Programm-Manager an der African Academy of Sciences (AAS) in Nairobi. Seines Erachtens prägen die ungleichen Geber-Empfänger-Beziehungen der internationalen Zusammenarbeit auch viele Forschungspartnerschaften. «Bekanntlich kursiert die Irrmeinung, dass Geber nicht nur Geld besitzen, sondern auch alles Know-how, und sie deshalb am besten wissen, wie das Geld einzusetzen ist.» Doch trotz Ressourcen und guter Absichten verstehen die Geber das Arbeitsumfeld des Empfängers vielleicht nicht, und sie wollen sich damit nicht auseinandersetzen. «Forschungspartner - Geber und Empfänger - müssen voneinander lernen,

Eine kurze Geschichte der Schweizer Kooperationsforschung

1776

Der Schweizer Johann Wäber segelt als offizieller Expeditionsmaler mit James Cook um die Welt. Es ist die dritte Weltumsegelung des Briten, der die ersten modernen wissenschaftlichen Entdeckungsreisen unternimmt. Hinter den Reisen stehen aber auch handfeste ökonomische Interessen: Es geht um das Optimieren der Handelswege und der florierenden Plantagenwirtschaft im Süden. Wäber wird seine ethnografische Sammlung vor seinem Tod der Stadt Bern vermachen - es ist der Gründungsakt des Bernischen Historischen Museums.

☞ Nicht allen «entdeckten» Gesellschaften wird umgehend der westliche Stempel aufgedrückt. Gerade China ist dem Westen wissenschaftlich überlegen, die Entdeckungsreisenden übernehmen sehr viel Know-how und bringen es mit nach Hause.

Das Amalgam aus lokalem und mitgebrachtem Wissen, beispielsweise in der Medizin, bezeichnet man heute als «Pidgin Knowledge»: die Hierarchien des Wissens spiegeln nicht zwingend die Herrschaftsverhältnisse. So funktioniert die britische Ostindien-Kompanie nur, weil die Verwaltung auf die Kenntnisse zahlreicher lokaler Experten baut.

Erst im folgenden Jahrhundert wird die britische Herrschaft auch in technisch-wissenschaftlicher Hinsicht dominant. In der Wissenschaftsgeschichte wird diese Entwicklung unter dem Stichwort «Tools of Empire» diskutiert: westliches Wissen wäre demnach mitverantwortlich nicht nur für die Beherrschung, sondern in der Folge auch für die Unterentwicklung der Dritten Welt.

1815

Die Schweizerische Naturforschende Gesellschaft (SNG, später Akademie der Naturwissenschaften Schweiz) wird gegründet. Zunächst konzentriert sich der Aktionsradius der Gesellschaft auf die Schweiz. Doch die Faszination des Exotischen wächst, auch für Forschende. Die überlegene, observierende Position paart sich mit einer Verklärung des Primitiven als Hort der Unschuld. Beispielhaft dafür sind die Celebes-Expeditionen in Indonesien der Basler Fritz und Paul Sarasin Ende

des 19. Jahrhunderts. Die Vetter sind heute vor allem als einflussreiche Natur- und Völkerkundler und Nationalparkgründer in Erinnerung, doch waren die Expeditionen eng verstrickt mit den Kolonialherren und dienten deren Interessen.

☸ Mit dem Protestantismus der neuen Kolonialmächte und damit einhergehend einem sich wandelnden Bild der Sklaverei kommt der Entwicklungsgedanke auf. Es konstituiert sich das Selbstverständnis des zivilisierten und fortschrittlichen Europäers gegenüber unterentwickelten Gesellschaften und damit allmählich auch eine neue moralische Richtschnur, «The white man's burden»: Eroberte Länder dürfen nicht einfach nur ausgebeutet werden, man muss sie «entwickeln».

1943

Der Naturwissenschaftler, Anthropologe und Fabrikantensohn Rudolf Geigy gründet das Schweizerische Tropeninstitut, zu Beginn ein methodologisches und thematisches Sammelsurium unter dem noch wenig klar umrissenen Begriff der «Tropen».

☸ Nach dem Zweiten Weltkrieg ist die Schweiz in ungemütlicher politischer Lage: Neutralität wird zum Reizwort im internationalen Kontext, der Schweiz wird ihr Opportunismus im Krieg vorgeworfen. Als Reaktion entwickelt sich eine neue aussenpolitische Maxime: Neutralität und Solidarität.

Präsident Harry Truman gibt in seiner Antrittsrede 1949 mit einem wissenschaftspolitischen Manifest («Point Four») den Startschuss der globalen Entwicklungshilfe: «Wir müssen ein mutiges neues Programm in Angriff nehmen, mit dem wir die Vorteile unserer wissenschaftlichen und industriellen Fortschritte für die Verbesserung und das Wachstum in wenig entwickelten Gegenden nutzen. Erstmals in der Geschichte besitzt die Menschheit das Wissen und die Fähigkeiten, die Not dieser Menschen zu lindern.» Leitbegriff dieser Position wird die «Technische Hilfe».

1950

Die Schweiz unterstützt das Expanded Program of Technical Assistance (EPTA) der Uno und sendet Schweizer Ingenieure in Länder Asiens und Lateinamerikas. Gleichzeitig etabliert die SNG eine Forschungsstation in Adiopodoumé (Elfenbeinküste), fünf Jahre später folgt das Swiss Tropical Institute Field Laboratory in Ifakara (Tansania). Das Ziel ist,

wie sie Systeme entwickeln, anpassen und fördern können», ergänzt Gyampoh. «In der Landwirtschaftsforschung sollten die Bauern die Forschungsinhalte bestimmen», ist Professorin Ngozi Ifeoma Odiaka von der Universität für Landwirtschaft in Makurdi (Nigeria) überzeugt.

Die AAS gründete 2015 die Alliance for Accelerating Excellence in Science in Africa, die von Institutionen wie dem britischen Departement für Internationale Entwicklung, dem Wellcome Trust und der Bill and Melinda Gates Foundation unterstützt wird. Diese Geber sehen laut Gyampoh, dass der Schwerpunkt der Forschungsentscheide und -ressourcen von Europa und Amerika nach Afrika verlagert werden muss.

«Zentral ist, lokalem Wissen mehr Raum zu geben und vielfältigere «Wissensökologien» zu akzeptieren.»

Gilles Carbonnier

Die Person, die einem Geber gegenüber für ein Projekt verantwortlich ist, muss gemäss Goetschel mitentscheiden. «Ideal wäre eine gemeinsame Verantwortung von Forschenden im Süden und Norden gegenüber einer gemeinsamen Geberinstitution oder von jedem Partner gegenüber seinem Geldgeber.» In der Praxis hingegen kommen die meisten Mittel aus dem globalen Norden, der damit auch das letzte Wort hat. In Richtlinien von Partnerprojekten sollten jedoch Regeln festgelegt werden, die dem Partner im Süden die Möglichkeit gemeinsamer Entscheidungen einräumen.

Fairness in der Forschung

Ein weiterer schwieriger Punkt ist laut Gyampoh die Quantifizierung der Ressourcen von Empfängerorganisationen, die sich nicht nur finanziell einbringen. Zum Beispiel stellen afrikanische Regierungen Büros, Einrichtungen, Löhne und Sozialleistungen für Forschungsinstitute zur Verfügung, die aber als «Input» schwierig zu beziffern sind. So kann bei den Gebern der Eindruck entstehen, dass ihre Partner nichts beitragen, was ihre Beziehung trüben kann.

Gyampoh ist überzeugt, dass faire Forschung möglich ist, falls sie auf der richtigen Art von Beziehungen und Partnerschaft beruht. Geber und Forschende vor Ort sollten nicht erst nach dem Einreichen

eines Projektantrags miteinander sprechen, sondern lang vorher, falls sie faire Forschung anstreben.

An einem Punkt gehen die Meinungen auseinander: Wer soll Forschungsergebnisse nutzen dürfen, die Wissenschaftsteams aus dem globalen Norden und Süden gemeinsam entwickeln? Forschende im Süden haben das Gefühl, dass sie die Knochenarbeit verrichten, während ihre Kollegen im Norden die Lorbeeren der Geber und Aufsichtsgremien ernten. Doch der Nutzen solcher Forschungsergebnisse ist davon abhängig, was die Beteiligten erwarten. «Der Geber erhofft sich vielleicht Anerkennung für die Mittelbeschaffung, der Forschende profitiert vielleicht, wenn er die Ergebnisse publiziert. Für die Forschergemeinde können Ergebnisse konkrete Möglichkeiten eröffnen», sagt Gyampoh.

Daten aus gemeinsamer Forschung sollten allen beteiligten Forschenden gehören und anderen möglichst bald durch Open Access zur Verfügung stehen. Doch wie das Wissen geteilt wird, hängt von der Art der Ergebnisse ab: «Gewisse Arten von Ergebnissen sind sehr komplex und sollten in erster Linie der Forschergemeinde zugänglich sein», ergänzt er.

Wem gehören die Ergebnisse?

Die Bill and Melinda Gates Foundation ist Teil des Partnerschaftsnetzes Global Grand Challenges, das drängende Herausforderungen im Gesundheits- und Entwicklungsbereich bewältigen will. «Alle Empfänger und Partner verpflichten sich, die durch Stiftungsgelder entwickelten Produkte und Kenntnisse allgemein und erschwinglich zugänglich zu machen - in einer Menge, Qualität und Frist, die gewährleisten, dass diejenigen wirklich davon profitieren, die sie am dringendsten benötigen», sagt Ayo Ajayi, Direktor des Africa Team, das bei der Gates Foundation für Policy, Advocacy und Regierungskontakte zuständig ist. «Wir sammeln und teilen kontinuierlich Daten über unsere Fortschritte, ziehen Lehren aus Erfahrungen und nehmen im Dialog mit Empfängern und Partnern Kurswechsel vor.» Publierte Forschungsergebnisse sind rasch und breit zugänglich zu machen. Die Open-Access-Politik der Stiftung ermöglicht den unbeschränkten Zugang und die Wiederverwendung aller im Peer-Review-Verfahren veröffentlichten Ergebnisse, die ganz oder teilweise durch die Stiftung finanziert wurden, einschliesslich der dazugehörigen Daten.

Gyampoh betont, dass Forschungsdaten allen gehören. «In der fairen Forschung sind Fragen des geistigen Eigentums menschlich und im Bewusstsein



Wenn das Wetter gut ist, legt Roger, Techniker für medizinische Bildgebung, die frisch entwickelten Röntgenbilder zum Trocknen auf den Rasen.

Forschung direkt in der Dritten Welt zu betreiben, unter Beteiligung der lokalen Bevölkerung – zunächst paternalistisch, dann immer mehr partnerschaftlich. Trotz dieser Entwicklung bleiben Institutionen dieser Art in der Folge mit dem Vorwurf konfrontiert, als Sprungbretter zum Braindrain beizutragen.

1988 lancieren die Akademien der Naturwissenschaften die Idee der Forschungspartnerschaft mit Entwicklungsländern, bereits 1994 folgt die Einrichtung einer ständigen Kommission für solche Partnerschaften (KFPE).

☉ Im Lauf der zweiten Jahrhunderthälfte gibt es in der Entwicklungshilfe einen bedeutenden ideologischen Wandel – es wachsen Zweifel am «Fortschritts-Export» zum Wohl der Entwicklungsländer. Als wichtiger Auslöser gilt Garrett Hardins Essay über die «Tragedy of the Commons» (1968): Demnach werden frei verfügbare, aber begrenzte Ressourcen durch vom Westen induzierte Effizienzsteigerung zwangsläufig übernutzt.

2001

Der Nationale Forschungsschwerpunkt (NFS) «Nord-Süd» startet, womit auch der Bund die Bedeutung von Forschungspartnerschaften mit dem Süden unterstreicht. Der NFS bringt Forschende aus sechs schweizerischen Forschungsinstitutionen und rund 140 Partnerinstitutionen in Afrika, Asien und Lateinamerika zusammen und erarbeitet in dieser engen Zusammenarbeit konkrete Lösungen für ökonomische, soziale und ökologische Krisenfelder.

☉ Private Stiftungen spielen eine immer zentralere Rolle als Impuls- und Geldgeber bei der Erforschung von Problemfeldern der Dritten Welt, vor allem in Sachen Medizin und Ernährung. Nach gut 50 Jahren erreichen Organisationen wie die Nestlé Foundation for the Study of Problems of Nutrition in the World (seit 1965) und die Basel Foundation for Developing Countries (seit 1961, heute: Novartis Foundation) nun eine «kritische Masse» und sorgen für Kontroversen: Liegen die entscheidenden wissenschaftspolitischen Weichenstellungen noch in der Hand von Regierungen und internationalen Organisationen?

Roland Fischer ist freier Wissenschaftsjournalist in Bern.

anzugehen, dass eine solche Forschung allen zu Gute kommt», meint er. «Wer solche Daten ethisch und zum Wohl der Menschheit verwenden will, sollte dies dürfen. Natürlich ist auszuweisen, wer einen Beitrag zu den Daten geleistet hat.»

Pélagie Lefebvre ist Programmleiterin des International Development Research Centre (IDRC) in Kanada. Ihre Organisation schreibe nicht genau vor, wie Daten zu verwalten seien, und in den unterstützten internationalen Projekten habe sie unterschiedliche Gepflogenheiten im Umgang mit Forschungsdaten gesehen. In einem Fall unterzeichnete ein Team von Forschenden zu Beginn des Programms eine Vereinbarung, dass die Länderverantwortlichen die Daten in ihrem jeweiligen Land sammeln und publizieren dürfen. Dies schaffe klare Verhältnisse darüber, wem die Daten gehören. Normalerweise erwartet das IDRC, dass Forschungsprojekte in Publikationen mit Peer-Review-Verfahren veröffentlicht werden, es ermutigt aber die unterstützten Forschenden auch, Entscheidungsträger anzusprechen und ihre Ergebnisse der Allgemeinheit zugänglich zu machen.

«In der fairen Forschung sind Fragen des geistigen Eigentums menschlich und im Bewusstsein anzugehen, dass eine solche Forschung allen zugute kommt.»

Benjamin Apraku Gyampoh

Laut Odiaka werden die meisten Forschungsergebnisse in Peer-Review-Journals oder an Konferenzen veröffentlicht, was bedeutet, dass nur ein beschränktes Publikum erreicht wird. Das Teilen von Publikationen und Forschungsdaten steht nun also ebenfalls zur Diskussion.

Von Anfang an gleichberechtigt

«Für IDRC-Beiträge müssen Forschende aus Kanada und Entwicklungsländern gemeinsame Bewerbungen einreichen – ausgehend von bestehenden oder neu geschaffenen Partnerschaften», erklärt Lefebvre. Im Sinne einer gleichberechtigten Zusammenarbeit fordert das IDRC zwei Programmleitungen: eine in Kanada und eine im Entwicklungsland. Jede Leitung ist für ihr eigenes Budget verantwortlich und sorgt für eine Gleichbehandlung der wichtigsten Forschenden.

Gleichberechtigte Partnerschaften sind im Interesse der Geber und der Forschenden. Sonst besteht die Gefahr, dass die Gerichte eingreifen. Am 18. Juli 2014 wurden in einem wegweisenden Urteil des kenianischen Arbeitsgerichts sechs kenianischen Ärzten insgesamt 30 Millionen Kenia-Schilling (CHF 293 000) an Entschädigung zugesprochen, weil ihre Laufbahn in einer britisch-kenianischen Partnerschaft für medizinische Forschung durch «institutionellen Rassismus» behindert wurde. Das Gericht kam zum Schluss, dass die Ärzte während ihres Arbeitsverhältnisses beim Kenya Medical Research Institute Wellcome Trust Research Programme im kenianischen Kilifi «systematisch diskriminiert» worden waren.

Gemäss diesem Urteil wurden die sechs Ärzte bei Beförderungen und Förderbeiträgen übergangen, während sie für das Programm in Partnerschaft mit der Universität Oxford arbeiteten. Ihr Leben wurde beeinträchtigt «hinsichtlich Laufbahnentwicklung, Beitrag zu wissenschaftlichen Ergebnissen für das Land und Möglichkeiten, alternative Stellen und Förderbeiträge zu erhalten».

Die Lösung für die Zukunft liegt vielleicht in der Vergangenheit. Wie es Gilles Carbonnier und Tiina Kontinen in ihrem EADI-Strategiepapier 2014 mit dem Titel «Wissenschaft trifft Entwicklung?» formulierten: «Frühere Erfahrungen können neuen Akteuren helfen, Fehleinschätzungen und Fallstricke zu vermeiden, die jenen bekannt sind, die jahrzehntelang in diesem Bereich [Nord-Süd-Zusammenarbeit] tätig waren.»

Ochieng' Ogo ist Regionalkoordinator der englischen Ausgabe für Subsahara-Afrika und News Editor bei SciDev.Net, einer gemeinnützigen Organisation mit Sitz in London, die News, Kommentare und Hintergründe zu Wissenschaft und Technologie über Entwicklungszusammenarbeit bereitstellt. Er arbeitet in Nairobi.

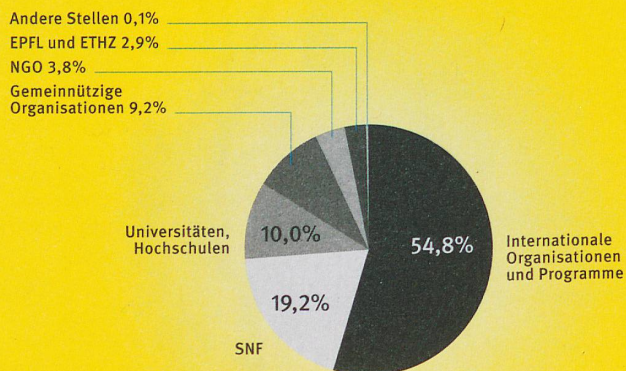


Unsicher und ohne Schutz balanciert das kleine Mädchen auf dem Stuhl. Das Röntgengerät ist relativ neu, doch die Mechanik ist bereits kaputt. Die Höhe kann nicht mehr verstellt werden.

Wichtige Schweizer Akteure in der Entwicklungsforschung

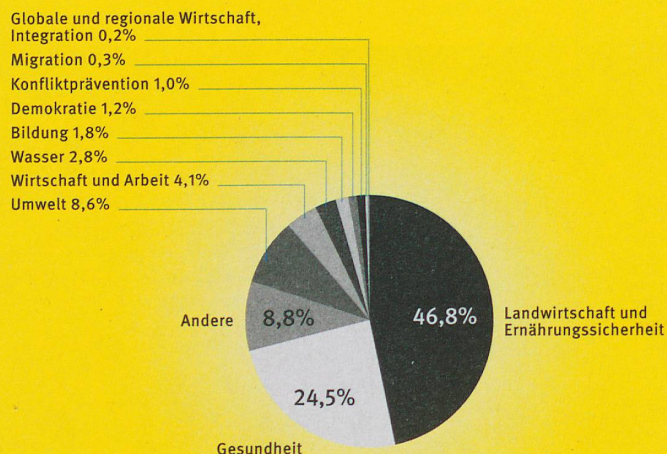
Jährlich fliessen rund 50 Millionen Franken in die Entwicklungsforschung. 2015 finanzierte die Deza mit rund 51,3 Millionen Franken über Rahmenkredite der öffentlichen Entwicklungshilfe wissenschaftliche Forschung. Dies ist Teil ihres Mandats. Davon wird der grösste Beitrag in die internationale Landwirtschaftsforschung investiert. Wie viel Geld gesamtschweizerisch in die Entwicklungsforschung fliesst, ist schwierig zu ermitteln. Neben der Deza investieren Hochschulen, Stiftungen, NGOs und weitere Organisationen in diesen Bereich.

Geforscht wird zu einem grossen Teil in Programmen
Forschungsinvestitionen Deza nach Empfängerkategorie, 2015



Die Beträge schwanken jährlich mit den Projektzyklen.

Der Löwenanteil fliesst in die Landwirtschaftsforschung
Forschungsinvestitionen Deza nach übergreifenden Themen, 2015



r4d-Programm

Im Swiss Programme for Research on Global Issues for Development (r4d-Programm) unterstützen die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) und der Schweizerische Nationalfonds (SNF) gemeinsam transnationale Forschungspartnerschaften mit Ländern in Afrika, Asien und Lateinamerika. Das Programm ersetzt die traditionelle Nord-Süd-Forschung und ist darauf ausgerichtet, einen Beitrag für die globale nachhaltige Entwicklung zu leisten. Zwischen 2012 und 2022 stehen fast 98 Millionen Franken bereit. Forschende müssen sich im r4d-Programm in kompetitiven Verfahren für Gelder bewerben. Bisher sind 225 Forschungspartner in 41 Projekten verteilt auf 42 Länder beteiligt.

Swiss TPH

Das Schweizerische Tropen- und Public-Health-Institut in Basel (Swiss TPH) wurde 1944 gegründet. In den Bereichen tropische Krankheiten und Public Health ist das Swiss TPH weltweit anerkannt. In kompetitiven Ausschreibungen im Gesundheitsbereich setzt sich das Institut regelmässig gegen Consulting-Firmen durch. Zurzeit beschäftigt das Swiss TPH über 700 Mitarbeiter aus mehr als 60 Nationen. Knapp die Hälfte der Ausgaben von 76,7 Millionen Franken entfielen 2015 auf die Forschung.

Universitäten

Fast alle Schweizer Hochschulen sind in die Entwicklungsforschung involviert. Am bekanntesten ist das **Hochschulinstitut für Internationale Studien und Entwicklung (IHEID)** in Genf, das unter anderem in den Bereichen Peacebuilding, Umwelt, Handel, Migration und Gesundheit forscht – auch im Auftrag der Vereinten Nationen. Ein zweites Beispiel sind das **Interdisziplinäre Zentrum für Nachhaltige Entwicklung und Umwelt** und die **International Graduate School North-South (IGS)** an der Universität Bern, die aus dem Nationalen Forschungsschwerpunkt «Nord-Süd» hervorgegangen ist. Sie will ein internationales Forschungsnetzwerk etablieren. Derzeit studieren über 100 Personen aus Asien, Afrika, Lateinamerika und Europa an der IGS.

ETHs

Die eidgenössischen technischen Hochschulen engagieren sich stark in der Entwicklungsforschung. Am **Cooperation and Development Center (CODEV)** der EPFL ist seit 2007 der Unesco Chair in Technologies for Development angesiedelt. Neben technischen Innovationen für die Länder des globalen Südens, etwa im Bereich Risikoreduktion oder Stadtplanung, ist auch die Ausbildung mit Massive Open Online Course (MOOCs) innovativ. An der ETH Zürich sind verschiedenste Bereiche in der Entwicklungsforschung tätig, vom Mobile Health Systems Laboratory bis zum **NADEL**, dem Zentrum für Entwicklung und Zusammenarbeit.

KFPE

In der Schweiz ist die Kommission für Forschungspartnerschaften mit Entwicklungsländern (**KFPE**) eine Anlaufstelle für Forschende. Ihr Ziel ist, mit fairer und nachhaltiger Forschung zur Lösung globaler Probleme beizutragen. Die KFPE wird mit Beiträgen der Deza, des SNF sowie der Akademie der Naturwissenschaften Schweiz (SCNAT) finanziert.

Netzwerke

Mehrere Netzwerke setzen sich für die Forschungszusammenarbeit ein. Drei Beispiele: Das **SFIAR**, Swiss Forum for International Agricultural Research, vernetzt Interessengruppen der landwirtschaftlichen Forschung für die Entwicklung. Das **SNIS**, Swiss Network for International Studies, fördert seit 2008 interdisziplinäre Forschung. Und als Antwort auf die verstärkten Aktivitäten der Hochschulen im Bereich Entwicklungsforschung aufgebaut wird das **SUDAC**, Swissuniversities Development and Cooperation Network. Sein Ziel: die Voraussetzungen für Forschung und Lehre in Kooperation mit Partnern aus dem globalen Süden verbessern.

Andere

Weitere wichtige Geldgeber sind diverse auch von Firmen gegründete Stiftungen und die NGOs. Welcher Teil ihrer Ausgaben in die Entwicklungsforschung fliesst, ist schwierig einzuschätzen.



Patientendossiers werden zwar archiviert, aber es ist beinahe unmöglich, sie innert nützlicher Frist zu finden, wenn sie gebraucht werden. Funktionierende Computer und eine IT-Infrastruktur fehlen an den meisten Spitälern.

«Wer nicht lachen kann, entdeckt nichts»

Marcel Tanner hat mehr als 35 Jahre Erfahrung in der Forschungszusammenarbeit mit Ländern des Südens. Für ihn ist klar: Ohne Flexibilität, gegenseitigen Respekt und Kontextwissen geht es nicht. *Von Marcel Hänggi*

Marcel Tanners Bleistifthalter ist ein Land-Rover-Getriebeteil – ein Andenken an die grösste Reparatur, die er auf seinen Forschungsaufenthalten vornehmen musste; im April 1982 in Tansania sei das gewesen, erinnert er sich. Seit Anfang Jahr ist er pensioniert. Theoretisch. Vom Direktorenbüro des Swiss Tropical and Public Health Institute (Swiss TPH) in Basel ist er in ein kleineres umgezogen. Kunstobjekte zeugen von Arbeitsaufenthalten in Afrika, Asien und Lateinamerika. Doch Tanner begnügt sich nicht damit, Enkel zu hüten. Zu viel hat er noch vor. Und er wartet nicht auf vorbereitete Fragen, um von der Forschungszusammenarbeit zu erzählen.

MARCEL TANNER: Der Gründer unseres Instituts, Rudolf Geigy, begann 1944 in Tansania nicht zu medizinischen, sondern zu ethnologischen Fragen zu arbeiten. Aber wenn man schaut, wie Menschen leben, kommt man eben bald einmal auf das Thema Gesundheit. Unser Ansatz war immer: Wir fliegen nicht mit einer fertigen Fragestellung ein, sondern entwickeln die Forschungsfragen gemeinsam mit den Leuten vor Ort. Man braucht gute Ortskenntnisse; no roots, no fruits.

Hatten Sie nicht auch Ihre fertige Fragestellung im Gepäck, als Sie 1979 erstmals nach Afrika kamen?

Das war ein Schlüsselerlebnis: Wir suchten in Kamerun nach einem neuen Diagnostikum für die Flussblindheit, eine Wurmerkrankung. Wir gingen in die Dörfer, wo befallene Leute lebten, und behandelten sie. Da stellten wir fest, dass diese Leute noch ganz andere Probleme und Anliegen hatten als diese Würmer und dass es nicht sinnvoll ist, nur eine Krankheit isoliert anzugehen. Nach dieser Erfahrung wechselte ich von einer Immunologie, die sich in Afrika ihr Material holt, zu Epidemiologie und Public Health, die sich für Systemkontexte interessieren und in Partnerschaften Grundlagen und Lösungen erforschen – im

Sinne eines gegenseitigen Lernens für die Veränderung.

Haben viele Forscher diese Offenheit, ihre Fragestellung zu ändern?

Ich schicke meine Master- und Doktorandenstudenten wenn immer möglich ins Feld hinaus. Es muss nicht in Afrika sein: Auch wenn es im Lützelal Parasiten im Trinkwasser hat, muss man mit allen möglichen Betroffenen zusammenarbeiten. Wenn man die Leute hinaus schickt und arbeiten lässt, können sie ihre Fragestellung den Umständen anpassen. Aber mit den Geldgebern ist das tatsächlich nicht immer einfach. Wer Fördergelder vergibt, hat eben meist keinen «Dreck an den Schuhen» und versteht den Kontext kaum.

«Mit Feel-me-touch-me-Workshops tötet man nur die Freude an der Arbeit.»

Aber Afrika ist ja schon nicht das Lützelal?

Interkulturelle Zusammenarbeit entsteht, wenn man zusammen arbeitet. Da braucht es keine Seminare über Interkulturalität und keine Feel-me-touch-me-Workshops. Damit tötet man nur die Freude an der Arbeit. Aber die Freude ist entscheidend. Um zu forschen, müssen Sie neugierig sein. Sie müssen Ihre Erkenntnisse gern mit andern teilen, und Sie müssen etwas bewirken wollen. Wenn man in einem Gebiet mit einer Million Einwohnern dazu beiträgt, die Kindersterblichkeit um ein Drittel zu senken, weiss man, was man getan hat. Wer keine Freude hat, nur die Probleme sieht und nicht lachen kann, wird nichts entdecken. Und die Freude hilft dann auch, wenn es mal nicht rund läuft und man einen ganzen Tag rumrennt, um Diesel für den Generator des Labors zu finden. In solchen Situationen lernt man viel.

Wenn Sie gelernt haben, im Busch Diesel aufzutreiben, nützt Ihnen das in der Schweiz nichts.

Doch, denn man lernt, sich selbst zu helfen und mit operationellen Krisen umzugehen. Heute wollen viele Schweizer, bevor sie nach Afrika gehen, alle Eventualitäten geklärt haben, wollen wissen, wer ihnen die Pampers für ihre Kinder liefert – statt einfach zu gehen und sich vor Ort zu organisieren.

Das tönt alles gut. Aber es gibt auch kulturbedingte Schwierigkeiten.

Und wie, im Kleinen wie im Grossen! Die afrikanische Kultur funktioniert bouche à l'oreille, da antwortet man nicht immer sofort. Wenn ich auf meine E-Mails keine Antwort bekomme und keine Kommunikation zustande kommt, ist das schon lästig. Manchmal scheitert man an den politischen Realitäten. Im Tschad haben wir ein umfassendes Programm mit Nomaden. Wir waren auf gutem Weg eines institutionellen Aufbaus. Wir erwarteten, dass die Regierung sich beteiligt, auch finanziell. Aber dann kam nichts. Zumindest im geplanten Umfang wird aus dem Programm nach acht Jahren Planung mit allen Beteiligten nichts.

Gibt es in armen Ländern genug gut ausgebildete Leute?

Die Ausbildung ist das grösste Problem. Wir haben oft Studenten aus armen Ländern, die sind gut auf ihrem Fachgebiet, aber sie verfügen nicht über ein breites Wissen. Dem kann man abhelfen, aber die Disser-tation dauert dann halt länger, und der Geldgeber muss bereit sein, länger zu zahlen. Aber es lohnt sich: Leute gut ausbilden ist der grösste «Impact», den es gibt – viel wichtiger als Impact-Factor- und H-Index-Selbstglorifizierungen.

Die Wissenschaft mit ihren Methoden und kulturellen Codes ist in unserem Kulturkreis entstanden. Ist da nicht jede



«Es geht nicht um Hilfe, sondern um das gemeinsame Lernen.»

wissenschaftliche Zusammenarbeit von vornherein asymmetrisch?

Absolut. Es fragt sich einfach, wie man damit umgeht. Unsere geheiligten wissenschaftlichen Standards sind ja auch nicht über alle Zweifel erhaben, denken Sie an die Probleme mit der Peer-Review, an die nutzlosen Impact Factors ... Wenn man einander zuhört, können gemeinsame Codes entstehen. Das dauert aber unter Umständen Generationen, deshalb ist langfristiges Engagement so wichtig. Und dazu braucht es Respekt; ohne Respekt gibt es auch kein Vertrauen. Das schlimmste sind westliche Consultants, die keine Ortskenntnisse haben, aber immer alles schon wissen.

«Leute gut ausbilden ist der grösste Impact, den es gibt.»

Warum braucht es ein Tropeninstitut in der Schweiz? Können sich die Betroffenen nicht selber helfen?

Das Wort «helfen» muss man gleich vergessen. Als die Bildungs-, Forschungs- und Innovationsbotschaft 2008/2011 erstmals die Forschungszusammenarbeit mit Entwicklungsländern enthielt, sagten Kritiker: Man soll nicht aus dem Forschungsbudget Entwicklungshilfe finanzieren. Aber darum geht es nicht. Wenn Sie sehen, wie ein Land pro Einwohner und Jahr 15 Franken für das Gesundheitswesen zur Verfügung hat, dann lernen Sie auch Wertvolles für das hiesige Gesundheitswesen mit seinen 7000 Franken pro Kopf. Nicht um Hilfe geht es, sondern um das gemeinsame Lernen durch comparing and sharing.

Wird Ihre Botschaft gehört?

Ja. Ich begleitete beispielsweise kürzlich eine Gruppe Parlamentarier nach Tansania, von den Grünen bis zur BDP. Wir gingen zu den Projekten, nicht nur in «high level meetings». Das überzeugte auch die Skeptiker vom Sinn unserer Arbeit und vom Wert des partnerschaftlichen Vorgehens.

Marcel Hänggi ist freier Wissenschaftsjournalist in Zürich.

Charismatischer Wissenschaftler

Marcel Tanner, Ordinarius für Epidemiologie und medizinische Parasitologie an der Universität Basel, war von 1997 bis 2015 Direktor des Swiss Tropical and Public Health Institute (Swiss TPH) in Basel. 1981 bis 1984 leitete er die Aussenstation des Swiss TPH in Ifakara, Tansania (heute: Ifakara Health Institute). Er trägt zwei Ehrendokortitel der Universität Neuenburg und der Universität Brisbane. Seit 2016 präsidiert Tanner die Schweizerische Akademie der Naturwissenschaften.